

Zeitung

704

gelehrten Sachen

ch 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
 0 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Tenarange
 0 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
 lin SW 68, Kochstr. 22-23. und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Märktenstr. 11 800,
 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 220, 15 231, 15 232 bis 15 291.

in Irland.

Unser Verbündeter.

Von

Dr. Alexander Reblisch.

Es würde einigermassen verfrüht sein, schon jetzt über die Auf-
 nahme des neuen deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrages
 in der Monarchie zu sprechen. Bisher hat im allgemeinen nur die
 deutsche und die ungarische Presse hierzu ausführlich Stellung ge-
 nommen. Abgesehen von den Bedenken und Einwendungen der
 sozialistischen Organe ist, wie man wohl nicht erst zu sagen braucht,
 die Zustimmung allgemein. Dagegen kann die Wirkung
 der neuen Tatsache auf den slawischen Teil der Monarchie noch nicht
 festgestellt werden. In erster Linie dürfte daran die Zensur Schuld
 sein, die den Widerspruch der radikalsten Stimmen unmöglich macht.
 Die empfindlichsten Politiker der slawischen Nationalitäten aber halten
 mit ihrem Urteil noch zurück, bis die Einzelheiten ausgearbeitet und
 veröffentlicht sein werden, die eine Wertung des neuen Abkommens
 möglich machen.

Gerade über diese Einzelheiten noch festliegen, scheint es am Platze,
 vom deutschen Standpunkte aus noch einmal die Eigentümlichkeiten
 des Bundesgenossen auf die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen
 Deutschland mit ihm ein so enges Verhältnis eingehen im Begriff
 ist. All das hätte schon früher geschehen müssen; aber wenn es auch
 reichlich spät ist, so ist es vielleicht nicht zu spät. Daß Deutschland
 an der gedeihlichen Entwicklung Oesterreich-Ungarns ein hohes In-
 teresse besitzt, hat es in die'm Kriege genügend bewiesen. Es hat
 aber jetzt noch viel mehr als früher ein Interesse daran, zu wissen,
 nach welcher Richtung hin sich diese Entwicklung bewegen wird, be-
 wegen kann, und dieses Interesse darf man nicht mit dem ganz un-
 angebrachten Schlagwort von der Einmischung in die inneren An-
 gelegenheiten eines anderen Staates beiseite schieben. Es ist ja
 auch keineswegs mit einem faktischen Eingriff zu verwechseln. Wohl
 aber muß man sich heute sagen, daß Staatsverträge von solcher Be-
 deutung, wie der hier in Frage stehende, zwar von der Regierung
 allein abgeschlossen, sicherlich aber nicht von ihr allein verwirklicht
 werden können. Dazu sind auch die Völker notwendig. Man
 wird sich also über das Wesen und den Wert eines Bündnisses mit
 Oesterreich nur dann klar werden können, wenn man den rechten
 Lebensblick über die inneren Verhältnisse des Landes und über die
 Wünsche und Ziele seiner Völker erlangt.

Wir haben die Frage offen lassen müssen, wie sich die slawischen
 Politiker der Monarchie zu der Vertiefung des Bündnisses
 mit Deutschland stellen. Damit soll nicht angedeutet sein, daß hier
 eine durchaus ablehnende Stimmung voranzusetzen sei. Wäre dies
 der Fall, so würde das Bündnis keine genügende Sicherheit durch
 das bekannte politische Schlagwort erfahren, daß man Oesterreich
 mit Hilfe der Deutschen, Ungarn mit Hilfe der Magyaren und beide
 Staaten gegen die Slawen regieren müsse. Schon in einem frühe-
 ren Artikel wurde auseinandergesetzt, daß wenigstens unter den
 gegenwärtigen Verhältnissen das Magyarentum allerdings stark
 genug ist, um eine solche Bürgschaft zu übernehmen. Falsch aber
 ist es, aus rein formalistischen Beweggründen nun einfach auch die
 Parallele auf Oesterreich zu ziehen und hier ohne weiteres den
 Deutschen eine Aufgabe zuzumuten, welche die Magyaren in ihrem
 Staat erfüllen können. Diese Parallele besteht nicht. Das Ver-
 hältnis in den beiden Staaten der Monarchie, nicht nur der Zahl,
 sondern auch den inneren Kräften nach, ist durchaus verschieden;
 und die Verschiedenheit der inneren Kräfte ist so groß, daß Be-
 denken auch dann bestehen bleiben, wenn man das Zahlenverhältnis
 durch eine konstruktive Umgestaltung Oesterreichs rein äußerlich
 verschiebt. Es gibt reichsdeutsche Politiker, die das Bündnis mit
 Oesterreich-Ungarn für die diesseitige Reichshälfte dadurch rechtfertigen
 wollen, daß sie gleichzeitig mit dem Bündnis selbst die
 Durchführung der austro-polnischen Lösung und dadurch die Los-
 trennung Galiziens von Oesterreich bestritten. Dadurch soll in
 Oesterreich eine deutsche Mehrheit erzielt werden. Eine weitere
 Stärkung könnte vielleicht durch die Abtrennung Kroatiens, also
 letzten Endes an Ungarn, zu erzielen sein. Diese Konstruktion fiel
 schon auf den ersten Blick bedenklich aus. Denn es geht doch gar
 nicht, daß man einen Staat innerlich stärken will, indem man ihn
 schwächt. Es ist selbstverständlich, daß der österreichische Reichsteil
 durch den Verlust besonders in Zukunft wertvoller Länder im Ver-
 hältnis zu der Gesamtheit des ganzen Reiches politisch und nament-
 lich auch wirtschaftlich zurücktreten muß, daß also die Deutschen
 Oesterreichs in ihrem bestimmenden Einfluß auf die Geschichte der
 ganzen Monarchie das verlieren, was sie innerhalb des engeren
 Oesterreichs gewinnen. Die Deutschen Oesterreichs sind bisher nicht
 imstande gewesen, in ihrem Staate, geschweige denn in der Mon-
 archie den führenden Einfluß auszuüben, den sie beansprucht haben
 und den man bisher als ein wesentliches Fundament des Bünd-
 nisses mit Deutschland angesehen hat. Das zweite kräftige Funda-
 ment sind die Ungarn. Nun will man durch die Entlassung des
 Deutschen noch eine dritte Gruppe schaffen, nämlich die Polen.

1918
 64
 19